

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat I, Kämmereiamt

Beteiligung:

Betreff:

**Haushaltsjahr 2009:
Jahresabschluss**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Be- schlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzaus- schuss	08.12.2010	N	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	21.12.2010	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. *Der Gemeinderat nimmt die Information über den Jahresabschluss 2009 bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung (vorläufige Schlussbilanz) zur Kenntnis.*
2. *Der Gemeinderat genehmigt nachträglich die in Anlage 1 aufgeführten über-/ außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen.*
3. *Der Gemeinderat nimmt die in das Haushaltsjahr 2010 zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste) zustimmend zur Kenntnis (Anlage 2).*
4. *Der Gemeinderat stellt die Bildung von Fehlbeträgen und Überträgen ins Folgejahr im Rahmen der Budgetabschlüsse unter Berücksichtigung der in Einzelfällen erfolgten Anrechnungen für die einzelnen Teilhaushalte fest (Anlage 3).*

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Nachträgliche Genehmigung der Bereitstellung von über-/außerplanmäßigen Mitteln im Haushaltsjahr 2009 durch den Gemeinderat
A 02	In das Folgejahr 2010 zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)
A 03	Budgetabschlüsse 2009
A 04	Vorläufige Schlussbilanz auf den 31.12.2009

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes:

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Mit der Information gemeinderätlicher Gremien über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft 2009 sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass den gemeinderätlichen Gremien bei all ihren Entscheidungen die finanzielle Gesamtsituation der Stadtverwaltung Heidelberg ausreichend bekannt ist. Die Kenntnis über die finanzielle Lage der Stadt verhilft dazu, bei allen Entscheidungen die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidungen auch im Hinblick auf eine dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt zu bewerten. Bis zum Jahresende 2009 sind nicht erkennbare unabweisbare Überschreitungen entstanden, die vom Gemeinderat zu genehmigen sind. Die Deckung ist gewährleistet durch entsprechende Minderaufwendungen/-auszahlungen oder Mehrerträge/-einzahlungen im Haushaltsjahr 2009.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Nachträgliche Genehmigung über-/außerplanmäßiger Aufwendungen/ Ausgaben

Soweit Überschreitungen während des Haushaltsjahres 2009 erkennbar wurden, sind sie den zuständigen Organen zur Genehmigung vorgelegt worden. Die bis zum Rechnungsabschluss noch entstandenen unabweisbaren Überschreitungen, für deren Genehmigung der Gemeinderat zuständig ist, werden mit Deckungsnachweisen und Erläuterungen hiermit zur Genehmigung vorgelegt (**Anlage 1**).

2. Information über den Jahresabschluss 2009

Der Jahresabschluss besteht nach § 92 Absatz 2 Gemeindeordnung (GemO) aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz.

Das Jahresergebnis 2009 (ohne Sonderrechnung Bahnstadt und rechtlich selbstständige Stiftungen) stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

2.1. Ergebnishaushalt/-rechnung

Gesamtübersicht

Beträge in €

	Plan 2009	Ergebnis 2009	Abweichung
Steuern und ähnliche Abgaben	162.353.000	193.354.893	31.001.893
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	155.921.430	154.624.687	-1.296.743
Sonstige Transfererträge	4.638.000	5.121.336	483.336
Öffentlich-rechtliche Entgelte	51.642.500	50.127.586	-1.514.914
Privatrechtliche Leistungsentgelte	22.570.220	21.489.118	-1.081.102
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.545.430	11.183.163	-2.362.267
Zinsen und ähnliche Erträge	7.097.700	11.876.489	4.778.789
Aktivierete Eigenleistungen	2.232.890	2.316.857	83.967
Sonstige ordentliche Erträge	22.809.900	23.331.508	521.608
Ordentliche Erträge	442.811.070	473.425.637	30.614.567
Personal- und Versorgungsaufwendungen	144.217.500	148.352.014	4.134.514
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	75.417.900	68.775.324	-6.642.576
Planmäßige Abschreibungen	22.543.780	39.490.736	16.946.956
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.670.000	6.282.678	-387.322
Transferaufwendungen	151.500.340	180.390.196	28.889.856
Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.816.260	44.152.076	2.335.816
Ordentliche Aufwendungen	442.165.780	487.443.024	45.277.244
Ordentliches Ergebnis	645.290	-14.017.387	-14.662.677
Außerordentliche Erträge	0	5.285.031	5.285.031
Außerordentliche Aufwendungen	0	13.011.366	13.011.366
Sonderergebnis	0	-7.726.335	-7.726.335
Gesamtergebnis	645.290	-21.743.722	-22.389.012

Die Ertrags- und Aufwandsarten werden nachfolgend detailliert dargestellt und erläutert.

2.1.1. Ordentliche Erträge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grundsteuer A und B (3011/3012)	24,915	24,944	+0,029

Auch im Doppelhaushalt 2009/2010 liegen die Hebesätze der Grundsteuer A und B unverändert bei 250 vom Hundert bzw. 470 vom Hundert.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuer (3013)	68,000	103,511	+35,511

Der Hebesatz für die Gewerbsteuer blieb unverändert bei 400 vom Hundert. Grund für das herausragend gute Ergebnis 2009 waren hohe Nachzahlungen für Vorjahre. Allein bei einem Gewerbesteuerfall ergaben sich Nachzahlungen von rund 9,1 Mio. €. Nachzahlungen in einer solchen Größenordnung sind allerdings einmalige Vorgänge und kein Indikator für eine künftige Entwicklung der Gewerbesteuererträge. Gegenrechnen muss man zudem die Forderungsabsetzungen in Höhe von 5,1 Mio. €, die bei den Aufwendungen gebucht werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (3021)	55,220	50,023	-5,197

Ursache für das Ergebnis ist der Abwärtssog der weltwirtschaftlichen Entwicklung, in dem sich auch die deutsche Wirtschaft befindet. Neben den daraus resultierenden konjunkturellen Ausfällen kam es auch zu Aufkommensausfällen, die durch die Gesetzgebung bedingt waren. Diese Entwicklung wird sich in 2010 insbesondere durch das Bürgerentlastungsgesetz voraussichtlich noch weiter verschärfen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (3022)	8,180	8,090	-0,090

Anders als der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zeigte sich der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer aufgrund der erfreulich stabilen Entwicklung des Konsums im Jahr 2009 bundesweit stabil.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Gemeindesteuern (303)	0,898	1,188	+0,290

In den sonstigen Steuern enthalten sind die Erträge aus der Vergnügungssteuer, der Hundesteuer, der Jagdsteuer sowie der Zweitwohnungssteuer.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Familienleistungsausgleich (3051)	4,240	4,188	-0,052

Zum Ausgleich der durch die Systemumstellung bei der Kindergeldauszahlung entstehenden Mindererträge sind den Gemeinden im Rahmen des Familienleistungsausgleichs 360,6 Mio. € in 2009 zugeflossen. Die Aufteilung erfolgt nach den Schlüsselzahlen zur Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (für Heidelberg 0,0125502).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld) (3052)	0,900	1,412	+0,512

Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) entfallen auch die Wohngeldzahlungen des Landes. Die nach (Vorweg)Abzug von Umsatzsteueranteilen für die „Ost-Länder“ verbleibende Entlastung des Landes wird anteilig an die Kommunen weitergeleitet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Schlüsselzuweisungen (FAG) (3111)	104,31	98,871	-5,439

Grundlage für den Haushaltsplanansatz 2009 bei den Schlüsselzuweisungen vom Land war nicht der Haushaltserlass 2009 des Landes Baden-Württemberg vom 18.07.2008 mit einem planmäßigen voraussichtlichen Kopfbetrag für 2009 in Höhe von 963 €, sondern der nach der November-Steuerschätzung 2008 auf 957 € korrigierte Wert. Nach der Mai-Steuerschätzung 2010 wurde der Kopfbetrag weiter nach unten auf 942 € angepasst. Letztendlich belief er sich auf 938 €. Das Ergebnis liegt als Folge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit 98,9 Mio. € noch deutlich unter dem Planwert und auch unter dem Ergebnis des Vorjahres mit 104,8 Mio. €.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige allgemeine Zuweisungen (313/315)	12,340	11,641	-0,699

Die Planabweichung resultiert in erster Linie aus Mindererträgen bei der Grunderwerbsteuer. Der Haushaltsansatz 2009 wurde auf der Basis der Rechnungsergebnisse der Vorjahre gebildet. Wie die Erfahrungen der Vorjahre zeigen, schwankt das Aufkommen bei der Grunderwerbsteuer von Jahr zu Jahr sehr stark, so dass es hier immer wieder zu Planabweichungen kommt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (314)	32,034	33,841	+1,807

Mehrerträge ergaben sich insbesondere beim Kindergartenlastenausgleich und bei der Tagespflege (+500 T€), bei den Sachkostenbeiträgen (+200 T€) und Zuschüssen des Landes für die Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule und an Ganztageschulen (+180 T€) sowie aufgrund eines höheren Landeszuschusses für das Theater (+370 T€). Die erfolgte Abrechnung des Baustellenunterstützungsfonds der Jahre 2005-2008 mit den Stadtwerken führte zu nicht eingeplanten Erträgen von rund 200 T€.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Soziallastenausgleich (3182)	0	0,330	0,330

Der Soziallastenausgleich war im Plan noch unter „Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (314)“ enthalten und muss nun separat ausgewiesen werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (319)	5,29	5,460	+0,170

Der Bund beteiligt sich nur noch mit 29,4 % (bisher 32,6 %) an den Kosten der Unterkunft. Hierfür anfallende höhere Aufwendungen (vgl. Konto 446) führten dazu, dass der Ansatz knapp übertroffen wurde. Im Saldo ergab sich eine Verschlechterung für den städtischen Haushalt in Höhe von 610 T€.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ersatz sozialer Leistungen (321/322/329)	4,638	5,121	+0,483

Die Mehrerträge entstanden in erster Linie bei den Kostenersätzen für Jugendhilfeleistungen (+371 T€) aufgrund von erhöhten Kostenbeitragstabellen und einer damit verbundenen stärkeren Heranziehung der zum Kostenersatz pflichtigen Personen.

Weitere Mehrerträge ergaben sich aufgrund nachträglicher Wohngeldzahlungen für Heimbewohner sowie Erstattungsleistungen des KVJS für rückständige Fälle bei der Eingliederungshilfe.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Öffentlich-rechtliche Entgelte (331/332)	51,320	49,134	-2,186

Bei den Abwassergebühren konnten die Planansätze nicht erreicht werden (-1,4 Mio. €). Weitere Mindererträge von 0,5 Mio. € gab es bei den Benutzungsgebühren für die Parkscheinautomaten aufgrund mehrerer Großbaustellen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus Mieten und Pachten, Verkauf und sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten (341/342/346)	22,570	21,489	-1,081

Mindererträge sind beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung u.a. zu verzeichnen beim Treibstoffverkauf durch den Rückgang der Privattanker, durch den starken Rückgang der Vermarktungspreise je Tonne für Papier und Metall sowie durch die Nichtbeauftragung von Entrümpelungen und Sperrmüll aus dem Haus.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus Erstattungen (348/3521)	13,546	11,187	-2,359

Da die neuen gesetzlichen Regelungen zur Kostenbeteiligung für die Kleinkindbetreuung erst ab 2010 umgesetzt werden konnten, kam es zu Mindererträgen in Höhe von 1,6 Mio. €. Den Mindererträgen stehen gleichzeitig Minderaufwendungen in Höhe von 1,1 Mio. € gegenüber. Auch bei den Kostenerstattungen für abgeordnete Mitarbeiter/-innen korrespondieren Minderaufwendungen und Mindererträge. Mehr abgeordnete Mitarbeiter/-innen haben sich entschieden, die Abordnung zu beenden und unmittelbar für die entsprechende Gesellschaft bzw. den entsprechenden Zweckverband (insbesondere AZV und KIF) zu arbeiten. Die Aufwendungen und die Erträge blieben dadurch jeweils um 1,1 Mio. € unter dem Ansatz (siehe hierzu auch Erläuterungen zu den Personal- und Versorgungsaufwendungen).

Zu Mehrerträgen von 0,6 Mio. € kam es hingegen im Sozialbereich u. a. durch Nachzahlungen für Vorjahre vom KVJS (für Eingliederungshilfen) und vom Land (im Rahmen des AsylbLG) sowie durch Erstattungen von vorrangig zur Zahlung verpflichteten Sozialleistungsträgern.

Im Bereich der Abfallwirtschaft waren Erträge bei Erstattungen geplant, die im Ergebnis bei „privatrechtlichen Leistungsentgelten“ verbucht wurden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Konzessionsabgabe (351)	8,283	7,74	-0,543

Die Konzessionsabgabe orientiert sich an der Entwicklung bei den Stadtwerken Heidelberg.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zinserträge (361)	0,968	0,813	-0,155

Die Auswirkungen der Geldpolitik mit einem sehr niedrigen Zinsniveau führten zu geringeren Zinserträgen als geplant. Gleichzeitig blieb das Volumen der Geldanlagen hinter den Annahmen zurück.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Bußgelder, Säumniszuschläge, sonstige Finanzerträge (359/363/365/369)	6,157	11,053	+4,896

Die Verzinsung von Steueransprüchen aus Gewerbesteuernachzahlungen unterliegt Schwankungen, die nicht voraussehbar und auch nicht zu beeinflussen sind. In diesem Fall entstand ein Mehrertrag von rund 3,4 Mio. €, der u. a. auf hohe Gewerbesteuernachzahlungen für Vorjahre zurückzuführen ist (siehe hierzu auch Erläuterungen bei der Gewerbesteuer).

Darüber hinaus kam es bei den Buß- und Verwarnungsgeldern der stationären Geschwindigkeitsüberwachung sowie den allgemeinen Ordnungswidrigkeiten zu Mehrerträgen von rund 1,3 Mio. €. Ursache für die Ertragssteigerung sind leicht gestiegene Fallzahlen, eine bessere Bildverwertung aufgrund des Umstiegs auf digitale Überwachungsgeräte sowie die Erhöhung der Bußgeldsätze.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Aktiviere Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (371)	2,233	2,317	+0,084

Hierbei handelt es sich um Leistungen, die u.a. das Gebäudemanagement, die Regiebetriebe Gartenbau und Straßenunterhaltung sowie die Werkstätten für investive Maßnahmen des Finanzhaushalts erbringen und so das Anlagevermögen erhöhen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Auflösung von Zuweisungen für Investitionen (316)	1,947	4,481	+2,534
Auflösung von Beiträgen für Investitionen (337)	0,322	0,994	+0,672
Auflösung sonstige Sonderposten (357)	0	0,282	+0,282

Im Ansatz 2009 wurden bei den Abschreibungen und Auflösungsbeträgen der Zuschüsse systembedingt nicht die vollständigen Beträge ermittelt. Im Vollzug wurde dies entsprechend korrigiert, was zwangsläufig zu den Abweichungen führte.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (358)	14,5	15,316	+0,816

Nach dem neuen Haushaltsrecht sind bisher für ungewisse Verbindlichkeiten und für hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts unbestimmte Aufwendungen Rückstellungen zu bilden, so auch für Pensions-, Beihilfe- und sonstige Rückstellungen wie Altersteilzeit. In 2009 fielen hierfür Aufwendungen von rund 25 Mio. € an, denen wiederum rund 15,3 Mio. € an Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen gegenüberstehen, so dass sich im Saldo eine finanzielle Belastung von rund 9,7 Mio. € ergibt (siehe auch Erläuterung Personal- und Versorgungsaufwendungen).

Durch eine Rechtsänderung ist die Rückstellung ab 2010 nicht mehr bei der Stadt sondern unmittelbar beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) zu bilden. Entsprechend können wir die bisher aus dem städtischen Haushalt gebildeten Rückstellungsbeträge auflösen, was zu einer Verbesserung führen wird.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ordentliche Erträge gesamt	442,811	473,426	+30,615

2.1.2. Ordentliche Aufwendungen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Personal- und Versorgungsaufwendungen (400/411)	144,218	148,352	+4,134

Die Mehraufwendungen in Höhe von 4,1 Mio. € gegenüber dem Plan ergaben sich insbesondere aus folgenden Entwicklungen:

Der Ansatz für städtische Mitarbeiter/-innen (121,5 Mio. €) wurde um 1,9 Mio. € unterschritten, da angesichts der schwierigen Haushaltslage die sich bietenden personalwirtschaftlichen Möglichkeiten zur Kostenreduzierung konsequent genutzt wurden.

Mehr abgeordnete Mitarbeiter/-innen haben sich entschieden, die Abordnung zu beenden und unmittelbar für die entsprechende Gesellschaft bzw. den entsprechenden Zweckverband (insbesondere AZV und KIF) zu arbeiten. Die für diese Mitarbeiter veranschlagten Mittel (4,8 Mio. €) wurden daher nicht in voller Höhe benötigt (Ergebnis 3,7 Mio. €); in gleichem Umfang gingen folglich auch die Erstattungsleistungen von den betroffenen Gesellschaften / Zweckverbänden zurück.

Die Rückstellungen für Personal- und Versorgungsaufwendungen lagen aufgrund überdurchschnittlicher Tarifierhöhungen bei 25,0 Mio. € und damit um 7,1 Mio. € über dem Ansatz (17,9 Mio. €). Durch eine Rechtsänderung ist die Rückstellung ab 2010 nicht mehr bei der Stadt sondern unmittelbar beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) zu bilden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Unterhaltung des unbeweglichen und beweglichen Vermögens (421/422)	18,722	15,275	-3,447

Als anteiliger Konsolidierungsbeitrag für den Gesamthaushalt konnten die Ansätze nicht in voller Höhe zur Bewirtschaftung freigegeben werden. Dies führte insbesondere bei der Gebäude- und Straßenunterhaltung zu Minderaufwendungen von 1,3 Mio. € bzw. 0,9 Mio. €

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Mieten und Pachten (423)	6,711	6,091	-0,620

Die Minderaufwendungen von rund 320 T€ bei den Mieten im Sozialbereich resultieren insbesondere aus einem Rückgang der Fallzahlen bei der Unterbringung von Flüchtlingen, so dass teure dezentral angemietete Wohnungen gekündigt werden konnten.

Bei der Planung wurde das Nutzungsentgelt für die „Heidelberger Schlossfestspiele“ und den „Winter in Schwetzingen“ unter „Mieten und Pachten“ geplant. Die Verbuchung erfolgte hingegen bei „Erstattungen“ und führte somit zu Abweichungen von rund 70 T€

Darüber hinaus war die tatsächliche Mietzahlung für die Neue Feuerwache rund 60 T€ geringer als bei Planaufstellung vorgesehen.

Im Bereich der Abfallwirtschaft mussten weniger Leihfahrzeuge (-120 T€) als geplant angemietet werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grundstücksbewirtschaftung (424)	11,902	11,397	-0,505

Bei der Gebäudebewirtschaftung ist es gelungen, bei einem Rechnungsergebnis von 11,4 Mio. € das Vorjahresergebnis um 0,1 Mio. € zu unterschreiten; das brachte gegenüber dem Planansatz eine Verbesserung von 505 T€.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Haltung von Fahrzeugen (425)	1,830	1,807	-0,023

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte (426)	1,201	1,122	-0,079

Hier werden in erster Linie Aufwendungen für Aus- und Fortbildungen, für Dienst- und Schutzkleidung sowie für persönliche Ausrüstungsgegenstände gebucht.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (427-429)	35,052	33,084	-1,968
Geschäftsaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen (441-444/449)	10,137	11,479	+1,342

Bei den Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen wirkt sich die eingeschränkte Mittelfreigabe besonders deutlich aus. Hier haben die Ämter die verwaltungsinternen Einsparziele bei einer Vielzahl von kleineren und größeren Einzelansätzen erfolgreich umgesetzt. Mehraufwendungen von 900 T € entstanden hingegen beim Theater, da verstärkt Gastregisseure und -schauspieler eingesetzt wurden; entsprechend wurden weniger Mittel bei den Personalaufwendungen benötigt.

Mehraufwendungen von 750 T€ bei den „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ sind in den Bereichen Abfallwirtschaft und Stadtreinigung entstanden, da im Umfang von 567 T€ unter „Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen“ geplante Aufwendungen für Arbeitsvergabe und Leiharbeiter im Ergebnis unter „Geschäftsaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen (Honorar-/Leiharbeitskräfte)“ abgewickelt wurden. Dies führt in gleichem Umfang zu einer Unterschreitung bei den „Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen“. Weiterhin mussten mehr Aufgaben als geplant vergeben werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (431)	40,697	44,219	+3,522

Die Mehraufwendungen ergeben sich in erster Linie durch eine zusätzliche Zahlung an den SWH-Konzern im Rahmen der dortigen Restrukturierungsmaßnahmen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Schuldendiensthilfen (Wohnungsentwicklungsprogramm) (432)	1,500	0,843	-0,657

Für barrierefreie Maßnahmen und Eigentumsförderung bestanden zum Jahresende noch Verpflichtungen aus noch nicht abgerechneten Förderzusagen. Hierfür wurde ein Haushaltsrest von 357 T€ gebildet.

300 T€ wurden zur Deckung der Mehrausgaben im Förderprogramm „Rationelle Energieverwendung“ eingesetzt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sozialtransferaufwendungen (433)	53,095	52,172	-0,923

Bei den Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe kam es zu Minderaufwendungen in Höhe von 0,9 Mio. €, die vor allem dadurch entstanden sind, dass bei den Jugendhilfen die präventiven Maßnahmen nach wie vor eine spürbare Wirkung entfalten und so der Ansatz bei den Hilfen erneut unterschritten werden konnte (-0,6 Mio. €). Bei der Sozialhilfe kam es zu einer Verschiebung zwischen den einzelnen Hilfearten: nicht in voller Höhe benötigt wurden die Mittel bei den Hilfen für Flüchtlinge, während der Mittelbedarf bei der Grundsicherung im Alter, bei den Hilfen zur Gesundheit und bei der Eingliederungshilfe über den Planansätzen lag. Insgesamt wurde der Ansatz um 0,3 Mio. € unterschritten.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuerumlage (4341)	11,390	16,770	+5,380

Die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer führte zu einer entsprechend höheren Umlagebelastung.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
FAG-Umlage (4371)	44,250	65,796	+21,546

Aufgrund des überdurchschnittlich guten Ergebnisses bei der Gewerbesteuer wird systembedingt in 2011 mit Mindererträgen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land und gleichzeitig Mehraufwendungen bei der FAG-Umlage gerechnet. Daher musste wie bereits in 2008 eine Rückstellung für künftige Belastungen im Rahmen des Finanzausgleichs gebildet werden, die den Jahresabschluss 2009 mit 21,5 Mio. € belastet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Umlage KVJS (43722)	0,500	0,500	+0
Allgemeine Zuweisungen und Sonstige Umlagen (435/4373)	0,068	0,089	+0,021

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erstattungen für Aufwendungen für Dritte (445)	13,069	13,283	+0,214

Nach Abzug der Erstattung aus der Abrechnung des Vorjahres überschritt der Aufwandsersatz an den AZV die Planansätze des Haushaltes.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (446)	18,610	19,390	+0,780

Gebucht werden hier die anfallenden Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitssuchenden nach SGB II (Hartz IV). Ursachen für den Mehraufwand sind sowohl ein Anstieg der Bedarfsgemeinschaften (+6 %) als auch gestiegene Mietnebenkosten.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zinsaufwendungen (451/453)	6,270	5,715	-0,555

Im Plan waren u. a. Zinsaufwendungen für die ursprünglich geplante Kreditaufnahme in 2008 enthalten, die in 2008 jedoch nicht in Anspruch genommen wurde und somit zu geringeren Zinsbelastungen führte. Außerdem konnten aufgrund des niedrigen Zinsniveaus die Kredite in 2009 zu günstigeren Konditionen als geplant aufgenommen werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Finanzaufwendungen (459)	0,4	0,568	+0,168

Mehraufwendungen ergaben sich bei der Verzinsung von Steueransprüchen. Die Verzinsung unterliegt Schwankungen, die nicht voraussehbar und auch nicht zu beeinflussen sind.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Bilanzielle Abschreibungen (47)	22,544	39,491	+16,947

Die Abschreibungen aus dem neu erfassten und bewerteten Vermögen, insbesondere des Infrastrukturvermögens, der Grünanlagen und Wohngebäude im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz, lagen bei der Planaufstellung 2009/10 noch nicht vor und konnten daher erst im Ergebnis berücksichtigt werden (+ 11 Mio. €).

Daneben werden hier uneinbringliche Forderungen gebucht (Erlass/ Niederschlagung von Gebühren, Säumniszuschlägen, Steuern), die nicht planbar sind. Allein bei der Gewerbesteuer mussten Forderungen in Höhe von 5,1 Mio. € niedergeschlagen/ erlassen werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ordentliche Aufwendungen gesamt	442,166	487,443	+45,277

2.1.3. Außerordentliche Erträge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Außerordentliche Erträge (50/531)	0	5,294	+5,294

Bei der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden ist die Differenz von Verkaufserlös und Restbuchwert als außerordentlicher Ertrag zu buchen.

2.1.4. Außerordentliche Aufwendungen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Außerordentliche Aufwendungen (51/532)	0	13,011	+13,011

Bei den Außerordentlichen Aufwendungen 2009 handelt es sich u. a. um die Einbringung und Übertragung der Grundstücke und Gebäude in das Vermögen der Theater- und Orchesterstiftung.

2.1.5. In das Folgejahr zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)/ Budgetüberträge

Im Ergebnishaushalt wurden Mittel in Höhe von 827.050 € in das Folgejahr übertragen (**Anlage 2**). Im Gegensatz zur Kameralistik belasten diese Überträge nicht mehr das Jahr 2009, sondern das Jahr, in dem die Aufwendungen tatsächlich erfolgen (Ressourcenverbrauchsprinzip).

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden zudem für die einzelnen Ämter Budgetabschlüsse im Saldo von rund 5,4 Mio. € erstellt. Diese Budgetabschlüsse beziehen sich grundsätzlich auf die von den Ämtern beeinflussbaren Aufwandspositionen und – bei Zuschussbudgetierungen – auch auf die beeinflussbaren Erträge, wobei in Einzelfällen unterjährige Veränderungen der Rahmenbedingungen berücksichtigt wurden. Insbesondere die vom Betrag her nennenswerten Jahresüberträge sind häufig zu einem großen Teil durch erteilte Aufträge, laufende Projekte oder präventive Maßnahmen gebunden. In der **Anlage 3** wird detailliert über die Budgetabschlüsse der einzelnen Teilhaushalte sowie über die vorgenommenen Anrechnungen im Rahmen der Ermittlung der Budgetabschlüsse berichtet.

2.2. Finanzhaushalt/-rechnung

Gesamtübersicht

Beträge in €

	Plan 2009	Ergebnis 2009	Abweichung
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	423.808.900	446.222.915	22.414.015
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	401.722.000	400.052.540	-1.669.460
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	22.086.900	46.170.375	24.083.475
Investitionszuwendungen	3.480.050	5.194.649	1.714.599
Investitionsbeiträge	6.370.000	1.465.691	-4.904.309
Veräußerung von Sachvermögen	10.384.060	5.203.489	-5.180.571
Veräußerung Finanzvermögen	0	23.700	23.700
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	508.965	508.965
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20.234.110	12.396.494	-7.837.616
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7.700.000	5.912.627	-1.787.373
Baumaßnahmen	47.795.060	37.200.002	-10.595.058
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.036.980	7.364.783	-672.197
Erwerb von Finanzvermögen	0	650	650
Investitionsförderungsmaßnahmen	8.605.850	7.384.973	-1.220.877
Sonstige Investitionen	0	2.200.000	2.200.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	72.137.890	60.063.035	-12.074.855
Saldo aus Investitionstätigkeit	-51.903.780	-47.666.541	4.237.239
Finanzierungsmittelfehlbetrag/-überschuss	-29.816.880	-1.496.166	28.320.714
Kreditaufnahmen / Restkaufpreisschulden / Umschuldungen	33.903.690	34.000.004	96.314
Tilgung von Krediten / Umschuldungen	9.120.000	6.987.075	-2.132.925
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	24.783.690	27.012.929	2.229.239
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	-5.033.190	25.516.763	30.549.953
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	63.909.074	63.909.074
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	64.025.970	64.025.970
Haushaltsunwirksame Vorgänge	0	-116.896	-116.896
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	0	41.208.886	41.208.886
Endstand an Zahlungsmitteln	-5.033.190	66.608.753	71.641.943

Im Folgenden werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts detailliert dargestellt.

2.2.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionszuwendungen	3,480	5,194	+1,714

Im Schulbereich gab es sowohl durch Schlusszahlungen für bereits fertiggestellte Maßnahmen als auch durch die Förderung im Rahmen des Konjunkturpakets II Mehreinzahlungen in Höhe von 2,0 Mio. €.

Mehreinzahlungen in Höhe von 0,9 Mio. € gab es beim Theater, da die Theater- und Orchesterstiftung nach Vorliegen eines Haushaltes die von der Stadt vorab geleisteten Zahlungen für die Theatersanierung rückerstatten konnte.

Verzögerungen bei der Umsetzung von Baumaßnahmen im Tiefbaubereich (insbesondere Speyerer Straße, Ernst-Walz-Brücke) führten hingegen zu geringeren Investitionszuwendungen (-1,4 Mio. €).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionsbeiträge	6,370	1,466	-4,904

Verzögerungen bei der Erschließung und Vermarktung der neuen Baugebiete Im Bieth und Schollengewann führten zu zeitlichen Verschiebungen bei Erschließungs- und Abwasserbeiträgen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Veräußerung von Sachvermögen	10,384	5,203	-5,181

Verzögerungen beim Verkauf von Bauplätzen in den Baugebieten Im Bieth und Schollengewann führten zu den Mindereinzahlungen. Ebenso konnte der Verkauf von Gewerbeflächen im Stadtgebiet aufgrund fehlender Nachfrage nicht im geplanten Umfang realisiert werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Veräußerung von Finanzvermögen	0	0,024	+0,024

Hierbei handelt es sich um den Verkauf von Aktien des OEG-Anteils im Zuge der Gründung des Modells RNV 2009.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0,509	+0,509

Hierbei handelt es sich zum einen um Rückflüsse von Darlehen. Bei der Planaufstellung wurden diese noch den „Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit“ zugeordnet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	20,234	12,396	-7,838

2.2.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	7,700	5,912	-1,788

Der Erwerb von Grundstücken und Gebäuden verlief in 2009 eher zurückhaltend. Viele Grundstückseigentümer investieren ihr Kapital derzeit eher in Sachwerten und streben keine Veräußerung an.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Baumaßnahmen	47,795	37,200	-10,595

Zu deutlichen Minderausgaben kam es im Bereich Tiefbau bei den Maßnahmen „Speyerer Straße“, „Ernst-Walz-Brücke“, „Tiefgarage Friedrich-Ebert-Platz, Oberfläche“, und „B3 Brückenstraße bis Hans-Thoma-Platz“. Die Maßnahme „Entlastungskanal Peterstaler Straße“ wird entgegen der Planung nicht im städtischen Haushalt abgewickelt, sondern vom Abwasserzweckverband durchgeführt. Zu Minderauszahlungen kam es darüber hinaus durch Verzögerungen bei den Maßnahmen „Parkleitsystem“ (-0,9 Mio. €), das erst in 2010 installiert wurde, sowie beim Projekt „Busbeschleunigung“ (-0,5 Mio. €).

Einen Schwerpunkt bei den Baumaßnahmen bildete der Schulbereich (Plan 14,5 Mio. €). Kas- senwirksam verausgabt wurden 11,0 Mio. €, da zum einen die Sanierung der IGH als ÖPP- Projekt erfolgt und dadurch die veranschlagten Mittel im Finanzhaushalt nicht in vollem Umfang benötigt wurden (-1,8 Mio. €). Zum anderen haben sich einige Maßnahmen zeitlich entweder verzögert (u. a. Sanierung der Technikzentrale im Gesamtkomplex Schule/Bürgerhaus Emmertsgrund, Sanierung der Eichendorffschule und Ausbau des Untergeschosses der Wilckensschule) während andere Maßnahmen schneller abgewickelt wurden als geplant (u. a. Dachsanierung Albert-Schweitzer-Schule und KFG) bzw. im Rahmen des Konjunkturpakets neu hinzu kamen (u. a. Dachsanierung Mönchhof-/Kepler-Schule und Werkstattsanierung Carl-Bosch-Schule).

Durch die durch Nachbareinsprüche verursachte Verschiebung der Maßnahmen „Klimatisierung Wechselausstellung“ und „Neugestaltung Gräberfeld“ kam es zu Minderauszahlungen in Höhe von 1,3 Mio. € beim Museum.

Mehrauszahlungen gab es hingegen bei der Maßnahme „Ersatzspielstätte Theater“, insbesondere auf Grund der Entscheidung für das Schlosskino als 2. Spielstätte.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8,037	7,365	-0,672

Die Beschaffung diverser Fahrzeuge und Betriebsgeräte verschiebt sich nach 2010; hierfür wurden Haushaltsreste gebildet, die jedoch nicht das Jahr 2009 belasten.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von Finanzvermögen	0	0,001	+0,001

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionsförderungsmaßnahmen	8,606	7,385	-1,221

Bei den Investitionszuschüssen für Kitas kam es zu Minderauszahlungen in Höhe von 1,1 Mio. €, da die bewilligten Zuschüsse nicht in vollem Umfang abgerufen wurden. Daher wurde ein Haushaltsrest gebildet.

Ebenfalls zu Minderauszahlungen kam es durch den verzögerten Mittelabfluss bei der Förderung von ÖPNV-Maßnahmen (u. a. zweigleisiger Ausbau der OEG an der Bergstraße, -0,3 Mio. €).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Investitionen	0	2,200	+2,200

Hier erfolgt nach einer Klarstellung der Zuordnungsvorschriften die Auszahlung von gewährten Darlehen an Dritte. Geplant wurden die Beträge noch unter „Gewährung von Darlehen“ im Bereich „Finanzierungstätigkeit“.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	72,138	60,063	-12,075

2.2.3. In das Folgejahr zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)

Im Finanzhaushalt wurden Mittel in Höhe von rund 24,7 Mio. € in das Folgejahr übertragen (siehe **Anlage 2**). Davon entfallen auf Baumaßnahmen rund 21,4 Mio. €. Für Vermögensbeschaffungen wurden Haushaltsreste in Höhe von rund 3,3 Mio. € gebildet. Im Gegensatz zur Kameralistik belasten diese Überträge nicht mehr das Jahr 2009, sondern das Jahr, in dem die Auszahlungen tatsächlich erfolgen (Ressourcenverbrauchsprinzip).

2.2.4. Einzahlungen / Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Umschuldungen	4,720	4,466	-0,254

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Kreditaufnahmen	28,584	29,534	+0,950
Restkaufpreisschulden	0	0	0
Darlehensrückflüsse	0,600	0	-0,600

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Tilgung von Krediten	2,600	2,321	-0,279
Gewährung von Darlehen	1,800	0,200	-1,600

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	24,784	27,013	+2,229

2.2.5. Haushaltsunwirksame Vorgänge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	69,909	+69,909
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	64,026	+64,026

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um durchlaufende Gelder (z. B. Mündergeld), Geldanlagen und Kassenkredite.

2.2.6. Zahlungsmittelbestand

Der Anfangsbestand an Zahlungsmitteln betrug zu Jahresbeginn 41,2 Mio. €. Unter Berücksichtigung der kassenwirksamen Vorgänge ergibt sich ein Endstand an Zahlungsmitteln in Höhe von 66,6 Mio. €. Auf die geplante Entnahme von 5 Mio. € konnte verzichtet werden, stattdessen war es möglich, rund 25,4 Mio. € dem Kassenbestand zuzuführen.

2.3. Schlussbilanz auf den 31.12.2009

Die vorläufige Schlussbilanz auf den 31.12.2009 ist als **Anlage 4** beigefügt. Das Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts in Höhe von rund -21,7 Mio. € fließt in der Bilanz als Jahresfehlbetrag in die Position „Ergebnis“ auf der Passiv-Seite ein.

Ein Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis soll nach § 25 Absatz 1 GemHVO unverzüglich gedeckt und im Jahresabschluss durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet werden. Entsprechend der Vorgehensweise in der Privatwirtschaft hat sich die Stadt Heidelberg in der Bilanz für eine getrennte Darstellung des laufenden Ergebnisses und keinen Sofortabzug von der Rücklage entschieden. Damit ist auch in der Bilanz das Ergebnis des Berichtsjahres abzulesen und einfach mit den Zahlen der Ergebnisrechnung abzustimmen.

Die Ergebnisrücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 27 Mio. € verändert sich durch das Ergebnis 2009 um den Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses von -14 Mio. € zum 31.12.2009 auf einen Betrag von rund 13 Mio. €.

Der Jahresfehlbetrag aus dem außerordentlichen Ergebnis (realisiertes Sonderergebnis) ist nach § 25 Absatz 4 GemHVO im Jahresabschluss durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zu verrechnen. Die Sonderergebnisrücklage in Höhe von 39,7 Mio. € verändert sich durch das Ergebnis 2009 um den Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses von -7,7 Mio. € zum 31.12.2009 auf einen Betrag von rund 32 Mio. €.

Neben dem ordentlichen Ergebnis 2009 mit -14 Mio. € bestehen weitere Vorbelastungen für künftige Jahre in Höhe von rund 6,2 Mio. €:

- durch die Budgetabschlüsse der Teilhaushalte in Höhe von netto 5,4 Mio. €, die in der Ergebnisrechnung nicht gesondert dargestellt werden, sondern ggf. einen zusätzlichen Aufwand in den Folgejahren nach sich ziehen sowie
- die Bildung von Haushaltsresten in Höhe von rund 0,8 Mio. €

2.4. Zusammenfassung

Während das Jahr 2008 noch von einem positiven konjunkturellen Umfeld geprägt war, sind die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Haushaltsjahr 2009 – ausgelöst durch die weltweite Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise – deutlich schlechter gewesen. Dies hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Haushalte der Kommunen. So konnte Heidelberg in 2008 noch ein positives ordentliches Ergebnis in Höhe von 9,9 Mio. € erzielen und damit die Abschreibungen voll finanzieren.

In 2009 ist dies nicht gelungen; hier überstiegen erstmals die ordentlichen Aufwendungen die ordentlichen Erträge, so dass der **Ergebnishaushalt** statt dem geplanten positiven Ergebnis (+0,6 Mio. €) mit einem negativen ordentlichen Ergebnis in Höhe von -14 Mio. € abschloss. Durch den Einsatz von Mitteln aus der Ergebnissrücklage konnte der im Gesetz formal geforderte Haushaltsausgleich aber dennoch erreicht werden.

Ausschlaggebend für das negative ordentliche Ergebnis waren in erster Linie die Bildung einer Rückstellung für künftige Belastungen bei der FAG-Umlage sowie ein höherer Abschreibungsaufwand. Darüber hinaus blieben die Erträge aus Schlüsselzuweisungen und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aufgrund der konjunkturellen Lage zusammen rund 10,6 Mio. € hinter den Planzahlen zurück. Bei der Gewerbesteuer konnte aufgrund einmaliger Nachzahlungen für Vorjahre insbesondere im 4. Quartal hingegen mit Mehrerträgen von 30,4 Mio. € (abzüglich Absetzung von Forderungen durch Niederschlagung oder Erlass) ein herausragendes Ergebnis erzielt werden.

Obwohl sich das ordentliche Ergebnis gegenüber der Planung verschlechtert hat, hat sich der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit im **Finanzhaushalt** erhöht (Plan 22,1 Mio. €, Ergebnis 46,2 Mio. €), da im ordentlichen Ergebnis auch nichtzahlungswirksame Aufwendungen wie die Bildung von Rückstellungen bzw. die höheren Abschreibungen enthalten sind. Dieser Effekt wird sich jedoch in den Folgejahren umkehren, wenn diese Rückstellungen aufgelöst bzw. in Anspruch genommen werden.

Damit konnte der Ergebnishaushalt einen wichtigen und in dieser Höhe unterjährig noch nicht absehbaren Beitrag zur Finanzierung unserer Investitionen leisten. Dieser Beitrag war von zentraler Bedeutung, da bei den Investitionen die Auszahlungen deutlich über den Einzahlungen lagen.

Nach Abzug des Zahlungsmittelüberschusses aus dem Ergebnishaushalt ist letztlich ein Finanzierungsmittelfehlbetrag in Höhe von „nur“ -1,5 Mio. € (Plan -29,8 Mio. €) verblieben, der mit der Aufnahme von Krediten in Höhe von 29,5 Mio. € überwiegend auf Grundlage der noch verfügbaren Ermächtigung aus 2008 gedeckt wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer noch nicht absehbar war, da diese erst gegen Jahresende eintrat. Daher musste unterjährig noch von einem größeren Finanzierungsmittelfehlbetrag ausgegangen werden und es wurden entsprechende Kredite aufgenommen. Gleichzeitig wurde das niedrige Zinsniveau genutzt, um die Investitionen zu finanzieren.

Dadurch ist der Schuldenstand (unter Berücksichtigung von Tilgungen) von 131,3 Mio. € auf 158 Mio. € angestiegen.

Gleichzeitig hat sich aber auch der Kassenbestand um 25,4 Mio. € auf 66,6 Mio. € erhöht. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die kommenden schwierigen Haushaltsjahre zu meistern.

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner